

# Bäder als Preis für Stadt am Fluss?



Ana Isabel Klumpp  
Sport-, gesundheits-  
sowie umweltpolitische  
Sprecherin

STADTMITTE AM FLUSS WEG ZU LASSEN, SEI KEIN SPARVORSCHLAG, FÜR „STADT AM FLUSS“ WERDE JA BISHER NOCH KEIN GELD AUSGEGEBEN. DAS KOMME ERST. ALSO MÜSSE MAN AN ANDEREN DINGEN SPAREN, DIE JETZT SCHON GELD KOSTEN. ZUM BEISPIEL AN DEN BÄDERN. SO DIE STADTVERWALTUNG, DIE OBERBÜRGERMEISTERIN FRAU BRITZ, SO DER NEUE BÜRGERMEISTER HERR LATZ.

Nun nenne ich hier 6 Zahlen aus 2008 bis 2010. Alle diese Zahlen betreffen „Stadtmitte am Fluss“.

1. Bürgerbeteiligungsverfahren im Herbst 2008, sog. Bürgerwerkstatt: Kosten laut Antrag der Verwaltung im Stadtrat am 15.04.08 ca. 200.000 Euro
2. Kooperatives Planungsverfahren, eng mit dem Bürgerbeteiligungsverfahren, der Bürgerwerkstatt, verbunden: Kosten laut Antrag im Stadtrat am 15.04.2008: ca 500.000 Euro
3. Haushalt 2010: Öffentlichkeitsarbeit Anteil Teilprojekt Tunnel: 302.000 Euro
4. Haushalt 2011: Öffentlichkeitsarbeit Anteil Teilprojekt Tunnel: 199.840 Euro
5. Haushalt 2012: Öffentlichkeitsarbeit Anteil Teilprojekt Tunnel: 222.710 Euro
6. Haushalt 2013: Öffentlichkeitsarbeit Anteil Teilprojekt Tunnel: 135.600 Euro

Ich habe diese Zahlen aus einem bestimmten Grund gewählt. Ich selbst hatte mich zu der Bürgerwerkstatt angemeldet, um mit zu machen, vor allem um nicht zu denen zu gehören, die nur hinterher kritisieren können. Am ersten Samstag hat ein Bürger gefragt, es müsse dann ja aber frei überlegt und diskutiert werden, das heißt auch „ohne Tunnel“. Daraufhin sagte Frau

Dr. Wandel-Höfer, nein, der Tunnel ist Basis aller Überlegungen. Alle Vorschläge, die man macht, können immer nur mit dem Tunnel gesehen werden. Daraufhin sagte der Mann: Das ist ja, als darf man mitdiskutieren, ob die Laternen blau oder rot gestrichen werden. Das zum Thema Bürgerbeteiligung (200.000 Euro). Die Geldposten, die ich aufgeführt habe, betreffen diese Bürgerwerkstatt und die Werbung für den Tunnel.

Stadtmitte am Fluss kostet schon in den letzten Jahren große Mengen Geld, ohne dass das Projekt beschlossene Sache wäre. Ich bin sicher, wir alle, auch die Befürworter, ahnen nicht einmal, was alles kaputt gehen wird, wenn wir uns auf dieses nicht bezahlbare und auch nicht wünschenswerte Projekt einlassen.

Ein Beispiel, wie unklug zur Zeit in Saarbrücken gespart wird, sind die Bäder: Jedem ist klar, dass eine Einrichtung wie es ein Schwimmbad/Freibad ist, gleichbleibende, allseits bekannte Öffnungszeiten braucht. Ganz wichtig sind dabei die frühen und die späten Öffnungszeiten: Dann können – und tun es auch ausgiebig – die Berufstätigen, Studenten, Schüler in höheren Klassen, eben auch in der Woche, nicht nur am Wochenende schwimmen/ins Schwimmbad gehen.

In Saarbrücken ist es inzwischen tatsächlich so, dass die Fördervereine, etwa der Förderverein des Totobades, ehrenamtlich und mit dem Fördervereins-Geld dafür sorgen, dass morgens zu einer akzeptablen Zeit geöffnet werden kann. Genau so bieten die Mitglieder der Fördervereine, Mitglieder von Schwimmvereinen, seit Jahren vergeblich an und fordern auch ein, dass sie beteiligt und gehört werden, wenn ein Bäderkonzept erarbeitet werden soll. Ein Bäderkonzept kann meines Erachtens sowieso nur ein Verbesserungskonzept sein. So könnte zum Beispiel der Tag, an dem ein Bad geschlossen ist, möglicherweise von Bad zu Bad variieren.

Die Bedeutung von städtischen Bädern mit erschwinglichen Eintrittspreisen für Familien, für Kinder und Jugendliche, für ältere Menschen, für Freizeitgestaltung im Sommer, für Gesundheit, für Sport, für Gemeinschaft, für die Stadtteile ist bekannt.

Wasser macht friedlich und glücklich. Wer wie ich selbst zu den Menschen gehört, die als Kind, als Teeny, als junge Mutter mit kleinen Kindern und heute noch, wenn ich mir die Zeit machen kann, viele schöne Tage im Totobad, aber auch in den anderen Bädern Saarbrückens verbracht hat, vor oder nach dem Urlaub – verreisen tut man ja nur vielleicht zwei Wochen im Sommer – der weiß, wovon ich rede. Das schöne Sommerwetter gehört zum Besten, was Saarbrücken hat. Diese Möglichkeit für alle Menschen in Saarbrücken, glückliche, wohltuende, auch gesundheitlich fördernde Zeiten zu verbringen, darf man den Menschen nicht nehmen. Stadtmitte am Fluss dagegen braucht niemand, zu allerletzt die Selbständigen in der Stadt, die heute noch unter den finanziellen Anstrengungen leiden, die der Saarbahnbau mit den damit einhergehenden Beeinträchtigungen und Baustellen ihnen abverlangt hat. **Wir müssen für unsere Bürger alle Bäder, vom Totobad bis Fechingen, von Dudweiler bis Altenkessel erhalten!**

ANA ISABEL KLUMPP



Foto: Anna-Lena-Ramm, pixelio.de



## Masterplan für den Saarbrücker Zoo!

Anfang Februar wurde der neue Masterplan des Saarbrücker Zoos der Öffentlichkeit vorgestellt. Wie ich finde ist es ein rundum gelungenes Heft, in dem auf 35 Seiten das Konzept für die nächsten 10 bis 15 Jahre erläutert wird. Wenn auch nicht alles verwirklicht werden sollte, zeigt dieser Plan jedoch, welch enormes Potenzial noch im Zoo steckt und welche Mängel momentan die meisten Sorgen bereiten.

Unser Zoo wurde 1932 im Deutschmühlental gegründet und 1950 nach dem Zweiten Weltkrieg am Südhang des Eschbergs wiedereröffnet. Somit ist er eine der ältesten kulturellen Einrichtungen in unserer Stadt mit jährlich ca. 200.000 Besuchern. Um nun die Anzahl, sowie die durchschnittliche Verweilzeit der Besucher im Zoo zu erhöhen, wird das Hauptaugenmerk nicht auf eine flächenmäßige Erweiterung, sondern auf Attraktivitätssteigerung und Energieeinsparung gelegt. Ein Teil des Nordgeländes wird sogar veräußert.

Zu den Highlights aus diesem Masterplan gehören meiner Meinung nach der Ausbau der Gastronomie im zentralen Bereich des Zoos mit einem Spielplatz für Kinder, eine neue Seehundanlage mit einer innovativen Wasseraufbereitung und eine Gorilla-Freianlage, die dem natürlichen Lebensraum dieser Affen nachempfunden ist. Den Zoobesuchern soll dort die Möglichkeit gegeben werden, von Beobachtungsposten aus die Gorillas in einer urwaldähnlichen Umgebung zu erleben.

Viele spannende Vorhaben, was wird man jedoch finanziell umsetzen können? Da uns das Thema der sehr schwierigen Haushaltslage wohl noch die nächsten Jahre beschäftigen wird, werden wir als liberale Stadtratsfraktion dafür kämpfen, dass die vorhandene Saarbrücker Infrastruktur nicht sinnlos geopfert wird, um das dadurch eingesparte Geld in den Fundamenten des geplanten Tunnels des Projektes „Stadtmitte am Fluss“ zu versenken.

KARSTEN KRÄMER



Frohe Ostern wünscht  
Ihre FDP Saarbrücken.

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**

FDP Stadtratsfraktion  
V.i.S.d.P.: Friedhelm Fiedler,  
Fraktionsvorsitzender,  
Redaktion: Melanie Klein,  
FDP-Fraktion, Rathaus-Carrée,  
66104 Saarbrücken,  
Mail: fdp-fraktion@saarbruecken.de

**Satz:** Sandra Frey, sandra.frey@live.de

**Fotos:** Becker & Bredel, Wolfgang Klauke,  
www.pixelio.de, www.aboutpixel.de

**Druck:**  
reha gmbh,  
Dudweilerstraße 72,  
66111 Saarbrücken

# journal liberal

Informationen und Berichte von und aus der FDP Stadtratsfraktion Saarbrücken

**FDP**  
Saarbrücken

## „Sparpaket“ der Oberbürgermeisterin ist eine Luftnummer und verdient diesen Namen nicht

Die FDP-Stadtratsfraktion hat mit dem Kreisvorstand der FDP Saarbrücken-Stadt und gemeinsam mit den FDP-Ortsvorsitzenden am 24. Februar über die von OB Charlotte Britz vorgelegten Sparmaßnahmen beraten.

Die FDP hat sich hierbei einstimmig gegen die beabsichtigten und willkürlichen Bäderschließungen entschieden und bekräftigte ihre Forderung nach einem umfassenden, stadtübergreifenden und vor allem auch innovativen Bäderkonzept, das zusätzliche Besucher anlockt.

Auch lehnt die FDP eine Erhöhung der Grundsteuer B, der Gewerbesteuer, die Erhöhung der Hundesteuer und auch die geplante Bettensteuer der linken Stadtratsmehrheit entschieden ab. Die Stadtratsfraktion ist ebenso wie der erweiterte FDP-Kreisvorstand der Meinung, dass das sogenannte „Sparpaket“ der OB Charlotte Britz eine Luftnummer ist und diesen Namen nicht verdient! Tatsächlich werden bei den „Sparvorschlägen“ kaum echte Einsparungen vorgenommen, vielmehr will die Oberbürgermeisterin die Einnahmenseite deutlich erhöhen, indem sie den Bürgern und den Gewerbetreibenden tief in die Tasche greifen will. Mit Sparen hat das nichts zu tun!

Die FDP fordert stattdessen, dass alle Posten, die den geplanten Tunnelbau und die damit

ten der Steuerzahler erstellt. Es werden Stellen für Planungen in der Verwaltung bereits jetzt geschaffen, obwohl die Durchführung des Projektes mehr als fragwürdig ist.

Weiterhin will die FDP erhebliche Einsparungen durch Konsolidierungen der Eigengesellschaften und der vielen Beteiligungen der Landeshauptstadt Saarbrücken vornehmen. Dabei will die FDP eine im Schnitt 10%ige Sparvorgabe über alle Gesellschaften hinweg anordnen. Dadurch können Einsparungen im hohen zwei-

stelligen Millionenbereich für die LHS Saarbrücken erreicht werden, die jedes Jahr durch hohe Beträge fast alle Eigengesellschaften subventioniert.

In den Gesellschaften steckt ein großes Maß an Einsparpotenzial, eine im Schnitt 10%ige Verringerung der Kosten für die Gesellschaften ist somit durchaus zumutbar und machbar. Mit etwas Ideenreichtum können Strukturen in den Gesellschaften verbessert und Synergien geschaffen werden. Die Gesellschaften in Ihrer Gesamtheit müssen in diesen schwierigen Zeiten ihren Teil zur Kostenreduzierung beitragen.

**MIT SPAREN  
HAT DAS NICHTS  
ZU TUN!**

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Starrsinn bezeichnet abwertend die Geisteshaltung von Menschen, die von Unnachgiebigkeit, Eigensinn oder auch geistiger Unbeweglichkeit gekennzeichnet sind. Betrachtet man sich die Zusammensetzung der Ratsfraktionen von SPD, Grünen, CDU und Linkspartei, so ist der Altersdurchschnitt der Damen und Herren dort nicht so hoch, als dass man meinen könnte, das unbelehrbar sture Festhalten am Tunnelbau sei vielleicht einer nach unten weisenden biologischen Kurve geschuldet, weil die Medizin das Phänomen des Starrsinns gerade damit oft verbindet.

Im Haushalt 2010 musste die Landeshauptstadt eine strukturelle Unterdeckung im Ergebnishaushalt in Höhe von 110,8 Millionen Euro ausweisen. Dabei war bis Ende 2009 schon ein Fehlbedarf von 629,9 Millionen Euro aufgelaufen. Dreist schraubte das von Oberbürgermeisterin Charlotte Britz angeführte rot-rot-grüne Bündnis in der Stadtratssitzung vom 16. März quasi als Sanierungsmedizin die Gebühren und Abgaben nach oben, dass den Bürgerinnen und Bürgern im wahrsten Sinne des Wortes Sehen und Hören vergeht. Und am absolut überflüssigen Tunnelbau, der samt damit einhergehenden städtischen Projekten fast 200 Millionen Euro verschlingen wird, hält man fest. Vom jahrelangen Verkehrschaos, das damit ebenfalls verbunden sein wird, ganz zu schweigen.

Hätten wir jetzt schon jene demokratischen Mitbestimmungsinstrumente, die wir als FDP im Wahlprogramm festgeschrieben hatten und



Friedhelm Fiedler  
Fraktionsvorsitzender

die dann auch Gott sei Dank Eingang ins Koalitionspapier von Jamaika fanden, dann würden die Tunnelräume mit der gleichen Vehemenz aus allen Politiker- und Dezernenten-Köpfen geblasen, wie das irrsinnige Bäder-Schließungsprogramm von OB Britz und Verwaltung, hinter dem absolut kein durchdachtes Konzept stand. Ja, wir brauchen dringend Instrumente, die Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen. Die gesetzlichen Regelungen zu Volksbegehren und Volksentscheiden müssen im Saarland so verändert werden, dass diese Elemente direkter Demokratie zu einem stärker praktikablen Mitwirkungsrecht aller werden.

Und vor allem auf kommunaler Ebene müssen die Beteiligungsmöglichkeiten verbessert und erleichtert werden. Denn, ginge es nach den Menschen in Saarbrücken, der Tunnel wäre schon längst ein Fall für die Orange gekleideten Männer des ZKE.

FRIEDHELM FIEDLER,  
VORSITZENDR DER FDP-FRAKTION  
IM STADTRAT VON SAARBRÜCKEN



verbundenen Maßnahmen betreffen, unverzüglich aus dem Haushalt rausgestrichen werden. Gutachten auf Gutachten werden quasi am Fließband im Rahmen des Tunnelbaus auf Kos-

## Nach langem warten im Tunnel ist endlich ein Lichtblick zu sehen

DIE GÜDINGER BÜRGERINNEN UND BÜRGER WARTEN SCHON LANGE AUF EINEN VERNÜNFTIGEN ZUGANG ZUM BAHNSTEIG, UM MIT DER SAARBahn ZU FAHREN.

Es gibt bis heute kein barrierefreien Zugang für Gehbehinderte, Rollstuhlfahrer und Frauen mit Kinderwagen. Ob mit Fahrrad, Kinderwagen oder Rollstuhl, es gibt keine Chancen zum Bahnsteig zu gelangen. Als Alternative bleibt den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern bislang nur die Buslinie zum Bahnhof Brebach, um von dort aus die Saarbahn benutzen zu können.



Das kostet viel Zeit und ist den Betroffenen nicht zumutbar. Das ist und wird der Frust auch noch bis 2013 der Güdinger Bürgerinnen und Bürger bleiben. Der Bahnhof macht bis dahin weiter einen überaus armseligen Eindruck. Die Unterführung ist verschmutzt und stinkt und stellt bei Regen, neben einem kleinen Unterstand direkt am Bahnsteig, der einzige Schutz dar. Hier fehlt den Reisenden ein Wartehäuschen auf dem Bahnsteig, in dem sie sich bei stürmischem Regen unterstellen können. In der Sitzung des Bezirksrates Halberg am 04.11.09 unterrichtete Herr Dr. Heckelmann, Stadtbahnkoordinator, über den geplanten Umbau des Güdinger Bahnhofes als Seitenbahnsteig. Seitenbahnsteige bedienen nur ein Gleis und liegen daher in der Regel an einer „Seite“ des Bahnhofes.

**OB MIT FAHRRAD, KINDERWAGEN ODER ROLLSTUHL, ES GIBT KEINE CHANCEN ZUM BAHNSTEIG ZU GELANGEN**

Da dieser Umbau über das Bundesschienenwegebaugesetz finanziert werde, könne mit der Maßnahme erst im Jahr 2013 begonnen werden. Die Zeit ist zwar bis 2013 noch lange, aber den Lichtblick haben wir schon vor den Augen. Auf jeden Fall bleibt die FDP-Güdinger am Ball, damit dieses wichtige Projekt auch zeitnah umgesetzt wird.

HEIKE MÜLLER



Heike Müller  
Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende  
Bezirksrat Halberg

## Unternehmen in Saarbrücken fördern statt fordern

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IST EINE KERNAUFGABE KOMMUNALER POLITIK.

MIT DER NEUANSIEDLUNG VON UNTERNEHMEN KOMMT DURCH ERHÖHTE GEWERBESTEUEREINNAHMEN NICHT NUR GELD IN DIE STADTKASSE. DIE SCHAFFUNG NEUER ARBEITSPLÄTZE ERHÖHT AUCH DIE EINKOMMENSSTEUERZUWEISUNG AN DIE KOMMUNE, DIE KAUFKRAFT IN SAARBRÜCKEN ERHÖHT SICH EBENFALLS. EINE ERFOLGREICHE ANSIEDLUNGSPOLITIK IST DER SCHLÜSSEL DES ERFOLGES EINER STADT. DAHER MÜSSEN ALLE CHANCEN UND MÖGLICHKEITEN GENUTZT WERDEN, UM NEUE UNTERNEHMEN IN SAARBRÜCKEN ANZUSIEDELN.

Die Landeshauptstadt Saarbrücken muss endlich das Thema Wirtschaftsförderung energisch und nachhaltig angehen, anstatt die Unternehmen und die Bürger in Saarbrücken immer mehr durch Steuer- und Abgabenerhöhungen zur Kasse zu bitten.

Das Amt für Wirtschaftsförderung, die GIU und das Stadtmarketing sind in unserer Stadt mit den Aufgaben der Wirtschaftsförderung betraut. Endlich muss ein schlüssiges Konzept her, welches die Wirtschaftsförderung in Saarbrücken auf eine effizientere Basis stellt. Dabei machten die GIU mbH und GIU FM bisher gute Arbeit, insbesondere die Erschließung und Vermarktung der Saar-Terrassen war ein voller Erfolg. Auch die Erschließung des Euro-Bahnhofes ist auf gutem Wege.

Wie aber ist die Arbeit des Amtes für Wirtschaftsförderung zu bewerten? – Wir wissen es nicht. Daher hat die FDP-Fraktion für den nächsten Haupt- und Wirtschaftsausschuss einen Antrag gestellt, auf den hin die Stadtverwaltung einen Zweijahresbericht zu diesem Thema liefern soll.

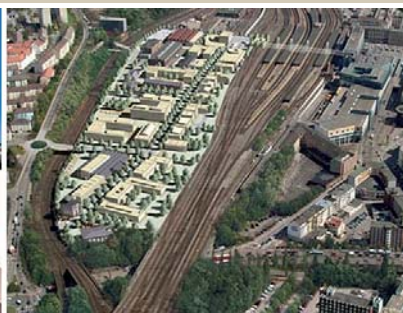
Dabei ist von besonderem Interesse, wie viele Unternehmen sich mit mehr als 50 neu entstandenen Arbeitsplätzen in Saarbrücken in

den letzten 2 Jahren angesiedelt haben, welche Anstrengungen zur Ansiedlung seitens der Stadtverwaltung unternommen werden und wie die Anreize und Förderungsangebote der Stadt aussehen. Natürlich ist das Engagement der GIU bzgl. der oben genannten und neu erschlossenen Gewerbegebiete ausgeschlossen. – Wir dürfen gespannt aber ohne allzu großen Erwartungen auf die Antwort warten. Die FDP-Fraktion wird für Sie am Ball bleiben!

RÜDIGER LINSLER



Rüdiger Linsler  
Stellvertretender  
Fraktionsvorsitzender  
Wirtschaftspolitischer  
Sprecher



## Unsere Städte bluten aus, auch Saarbrücken ist davon betroffen

**DAS GEWERBESTEUERAUFKOMMEN FÄHRT INFOLGE DER ANHALTENDEN KRISE IMMER TIEFER IN DEN KELLER. DER GEMEINDEANTEIL AN DER EINKOMMENSSTEUER ERLEBT IN DIESEN MONATEN EBENFALLS EINEN NEUEN TIEFSTAND. EIN FINANZIELLES WATERLOO. KEINE BESSERUNG WEIT UND BREIT IN SICHT.**

Und das von Schwarz-Gelb in Berlin beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz mag zwar gut gemeint sein, für alle Städte und Gemeinden kommt es einem bösen Schlag in die Magen-grube gleich. Die Kommunen sind am Steuer-aufkommen nur mit 13,5 Prozent beteiligt. An den Einnahmeverlusten, die mit diesem Gesetz einhergehen, jedoch mit 1,6 von 8,5 Milliarden Euro. Das macht 18,5 Prozent und ist damit überdurchschnittlich. Es wird deshalb höchste Zeit, dass sich die Regierungen und die gewählten Volksvertreter im Berliner Reichstag und in den Länderparlamenten Gedanken darüber machen, dass das alte kameralistische Prinzip, wer bestellt bezahlt, wieder volle Gültigkeit erlangt.

Die Kommunen müssen zudem endlich finanziell nachhaltig besser gestellt werden, weil hier vor Ort wichtige Politik gestaltet wird, die die Bürgerinnen und Bürger hautnah zu spüren bekommen – im Guten wie im Bösen. Wir sind gespannt, was die von der Kanzlerin eigens dafür eingesetzte Kommission dazu bis zum Herbst vorschlagen wird.

Es war im Übrigen ein großer Fehler, dass in den vergangenen Jahren kein wirklich ernsthafter Versuch unternommen worden ist, in Saarbrücken tiefgreifend zu sparen. Die meisten in Verwaltung und im Stadtrat waren ja so froh, als der zeitlich Luft verschaffende Plan geboren wurde, wonach ein unabhängiger Gutachter mal aufschreiben sollte, wo noch Speck ist, der weggeschnitten werden kann. Das Gutachten liegt längst vor. Und nun kann das rot-rot-grüne Bündnis mal zeigen, ob es ob es Visionen, Konzepte und Rückgrat hat. Das Waterloo der vergangenen Wochen in Sachen Bäder-Schließung zeigt dabei das ganze Ausmaß des neuen Unvermögens auf. Im Schweinsgalopp wollte OB Britz, assistiert von der Verwaltung und von ihren Dezernenten, gegen die Menschen in dieser Stadt ruppig eine Bäderschließung durchpauken.

Ohne einen dringend notwendigen innovativen Gesamtbäderplan und ohne vorher mit den Betroffenen mal geredet zu haben. Doch die „Rote Charlotte“ hatte am Ende die Rechnung ohne

die engagierten Bürger gemacht. Diese fegten in einem beispiellosen Protest die Schließungspläne mit Wut und Wucht in die Abfalltonne und schlugen Frau Britz, ihrem reichlich unfähiguntätigen Bäderdezernenten Paul Borgard und dem neuen Finanzdezernenten Latz derb aufs Haupt, wie weiland der berühmte preußische Reitergeneral Zieten in der oben erwähnten Schlacht von Waterloo – für Kaiser Napoleon der Anfang von einem schnellen Ende.

Die Bürgerinnen und Bürger werden den üblen Bäderstreich jedenfalls nicht so schnell vergessen, schon gar nicht bis zum Jahr 2012, wenn sich Frau Britz ja einer Wiederwahl als OB stellen möchte.

In Saarbrücken wird den Menschen ohnehin gerade eindrucksvoll vor Augen geführt, warum es ein ausgesprochener Segen ist, dass das Saarland von Jamaika, also von Schwarz-Gelb-Grün, regiert wird und nicht von einer rot-rot-grünen Neidkoalition von Oskar Lafontaines Gnaden. Es gibt kaum eine Steuer oder Abgabe, die nicht erhöht würde. Unter dem eiskalten Dirigat der ewig lächelnden und dabei Bürgernähe vorgaukelnden Charlotte Britz wird gerade abgezockt, dass die Schwarte kracht. Die Grundsteuer soll auf einen Hebesatz von 460 Punkten angehoben werden. Sie wäre damit die höchste in der ganzen Region. Was wiederum via zulässiger Umlage auf die Miete sehr viele Saarbrückerinnen und Saarbrücker treffen wird.

– obwohl wir in Saarbrücken nicht immer mehr Niederlassungen von Filialen, sondern möglichst viele klein- und mittelständische Familienunternehmen brauchen, die hier ihren Firmensitz haben, und die folglich auch in der Landeshauptstadt ihre Steuern bezahlen. Obendrein will das neue Linksbündnis auch noch den Hotelbetreibern, die allermeisten davon sind kleine und mittlere Familienbetriebe, derb vors Schienbein treten – in Form einer zusätzlichen Bettensteuer.

Das trifft via Hotelrechnung direkt die Übernachtungsgäste, von denen wir in Saarbrücken zunehmend weniger haben. Um 12 Prozent brachen die Übernachtungszahlen 2009 ein. Im Jahr davor waren es bereits 5 Prozent weniger. Besserung weit und breit nicht in Sicht. Tourismusstadt Saarbrücken?

Wir haben es hier wohl eher mit einer politischen Raubritterhochburg zu tun, dessen Tunnelverliebte Regentin Britz sich samt Hofstaat der modernen Steuer-Wegelagerei verschrieben hat.



Foto: Manu-Schweiger, pixelio.de

Wir von der FDP im Stadtrat fordern einen sofortigen Stopp aller Projekte, die mit dem geplanten Tunnelbau und den damit einhergehenden städtischen Projekten, etwa völlig unnötigen neuen Brücken über die Saar, zu tun haben. Für dieses Jahr sollen allein zu Lasten der Stadt Saarbrücken dafür 6,1 Millionen, für das kommende Jahr 12,6, für 2012 bereits 16,6, für 2013 stolze 31,3 und für 2014 20,2 Millionen Euro ausgegeben werden. Gutachten auf Gutachten wird quasi wie am Fließband im Rahmen des Tunnelbaus auf Kosten der Steuerzahler erstellt. Und es werden erste zusätzliche Personaleinstellungen dafür vorgenommen.

Ja, sind wir denn des Wahnsinns? Kein Geld in der Tasche, aber den dicken Max markieren. Die FDP fordert zudem erhebliche Einsparungen durch Konsolidierungsmaßnahmen der städtischen Eigengesellschaften und der vielen Beteiligungsgesellschaften. Wir verlangen im Schnitt eine Ergebnisverbesserung über alle Gesellschaften von 10 Prozent. Dadurch können Einsparungen im hohen zweistelligen Millionenbereich für die Landeshauptstadt erreicht werden.

Heute werden viele der Gesellschaften mit Steuergeldern kräftig subventioniert. Dort sitzen Manager, die sehr gut bezahlt werden. Die müssen die Ergebnisverbesserung hinkriegen. Die Order dafür muss von Frau Britz kommen. Schließlich sitzt sie in vielen Aufsichtsräten – auch zum Teil als deren Vorsitzende – dieser Gesellschaften und hat damit Kontroll- und Steuergewalt inne.

FRIEDHELM FIEDLER



Friedhelm Fiedler  
Fraktionsvorsitzender

## Hotel- und Gastronomiegewerbe soll zur Melkkuh in Saarbrücken gemacht werden

Eine bis zu 20%ige Erhöhung der Gebühren für die Außenbestuhlungen am St. Johanner Markt im Rahmen der von der Stadtverwaltung vorgelegten „Leitlinien für den öffentlichen Raum“, die Erhöhung der Grundsteuer, die Erhöhung der Gewerbesteuer und demnächst noch die von Rot-Rot-Grün geplante

**SO SPART MAN NICHT, SO MACHT MAN EINE WICHTIGE BRANCHE UNSERER STADT KAPUTT, FRAU OBERBÜRGERMEISTERIN!**

„Bettensteuer“, das sind die richtungsweisenden Vorschläge der SPD-Oberbürgermeisterin Charlotte Britz.

Mit diesem „Ausbeutungs-Paket“ will man der Hotel- und Gastronomiebranche in Saarbrücken, die seit Jahren mit Umsatzrückgängen zu kämpfen hat, nun richtig ans Leder und anscheinend dem ohnehin mäßigen Tourismus in Saarbrücken nachhaltig den Garaus machen. Dabei sind dem Einfallsreichtum der linken Stadtratsmehrheit keine Grenzen gesetzt: Eine sogenannte „Bettensteuer“, die eine zusätzliche Besteuerung der Einnahmen der Hoteliers vor-

sieht und die letztlich die Gäste in unserer Stadt bezahlen müssen, soll dem maroden Haushalt Abhilfe schaffen. – **So spart man nicht, so macht man eine wichtige Branche unserer Stadt kaputt, Frau Oberbürgermeisterin!**

Zudem ist die von der linken Stadtratsmehrheit geplante „Bettensteuer“ auch unter rechtlichen Gesichtspunkten mehr als fraglich.

Eine Bettensteuer nur für die Saarbrücker Hoteliers verstößt nach unserer Auffassung gegen

den Gleichheitsgrundsatz und ist ein rechtswidriger Eingriff in die Gewerbeausübung. Saarbrücker Hoteliers würden mit der Einführung gegenüber den umliegenden Gemeinden deutlich benachteiligt werden.

Die Einführung einer Bettensteuer wurde am 16. März im Saarbrücker Stadtrat verabschiedet. Die FDP-Fraktion beabsichtigt hierzu die Kommunalaufsicht einzuschalten.



Foto: Dennis-Ko pass, pixelio.de



Erik Schrader  
Dezernent für  
Bildung, Kultur  
und Wissenschaft

**Liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,**

nach langen und intensiven Koalitionsverhandlungen wurde der Koalitionsvertrag von den Koalitionären der Jamaika-Koalition beschlossen. Sicherlich ist der eine oder andere Einzelaspekt kritisch zu hinterfragen, aber positiv ist, dass von den 93 Seiten sich 13 Seiten mit dem Zukunftsthema Bildung auseinandersetzen. Damit ist eins der wichtigsten liberalen Wahlkampfziele umgesetzt worden, nämlich dass in den kommenden Jahren im Schulbereich endlich viele Reformen umgesetzt werden.

Doch was ist bislang geschehen? Die erste Bilanz nach über 100 Tagen ist durchwachsen. Zwar sind vom neuen Minister einige Fragestellungen aufgegriffen worden. Doch drängt sich der Eindruck auf, dass der neue Minister sich lieber in

unproduktiven Schulstrukturdebatten verrennt als konkret greifbare Ergebnisse schnell umzusetzen.

Schade, denn es hätte viele Themen gegeben, die das Bildungsministerium zusammen mit interessierten Kommunen und engagierten Schulen hätte umsetzen können. So zum Beispiel den weiteren Ausbau der Gebundenen Ganztagschule.

Viele Grundschulen in Saarbrücken haben Interesse an einem Ausbau von gebundenen Ganztagschulklassen. Die ersten Schulen haben sogar schon die notwendigen Schulkonferenzbeschlüsse herbeigeführt. Mitarbeiter aus dem städtischen Schulamt haben zusammen mit mir schon erste Konzeptionen erarbeitet, so dass kurz- bis mittelfristig bis zu acht Schulen aus allen Saarbrücker Stadtteilen neue attraktive Angebote bieten könnten. Dies wurde dem zuständigen Ministerium angezeigt. Nicht nur per Brief, sondern auch in vielen persönlichen Gesprächen.

Doch die Reaktion verhaltend. Es soll nun lange geprüft werden und so werden die ersten neuen Klassen erst 2011/2012 eingerichtet werden. Enttäuschend, denn so wird eine große Chance leichtfertig vertan.

Daher bitte ich Sie, liebe Leser, liebe Mitstreiter für eine moderne Schulpolitik, kämpfen Sie zusammen mit mir, dass es uns zusammen gelingt, zeitnah weitere Ganztagsangebote an den Saarbrücker Schulen umzusetzen.

**ERIK SCHRADER  
DEZERNENT FÜR BILDUNG,  
KULTUR UND WISSENSCHAFT**



Foto: Thommy-Weiss, pixelio.de